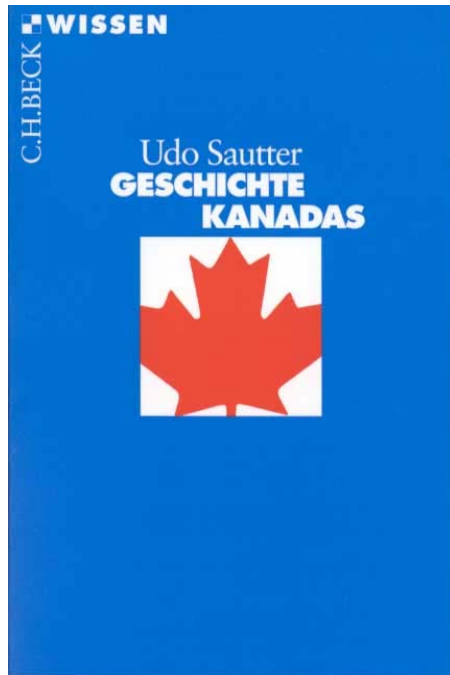


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Udo Sautter**  
**Geschichte Kanadas**

272 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-57359-0

In der Folge erwies sich freilich rasch, daß der verfassungsrechtliche Fortschritt nicht alle politischen Probleme behob. Die Trudeaus Vorgehen auslösenden sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, das Verhältnis zum südlichen Nachbarn und besonders die Quebecfrage blieben weiter die wichtigsten Punkte der Tagesordnung. Als Trudeau Mitte 1984 abtrat, bestellten die Liberalen John Turner, einen ehemaligen Finanzminister, zu seinem Nachfolger. Die Konservativen hatten inzwischen den harmlosen Clark als Vorsitzenden durch Brian Mulroney ersetzt, einen aus Quebec stammenden Geschäftsmann. Turner schrieb zuversichtlich Wahlen aus, verlor sie aber prompt in beschämender Weise. Politikbeobachter waren sich über die Gründe hierfür nicht einig. Jedenfalls zogen die Konservativen jetzt mit 211 Abgeordneten, das heißt dreimal so viel wie beide Oppositionsparteien zusammen hatten, ins Unterhaus ein.

Es ist nicht leicht, den Trend der kanadischen Geschichte in der jüngsten Vergangenheit zu definieren. Einige Jahre lang zogen besonders die Frauenfrage und die Lebensbedingungen der indianischen Bevölkerung Aufmerksamkeit auf sich. Aber auch das Verfassungsproblem blieb aktuell. Zwar florierte die Wirtschaft bis Ende der 1980er Jahre und dann später wieder in den 1990ern. Aber ein Kernproblem stellte weiterhin die Kommunikation innerhalb des weiten Landes dar, wo die großen Distanzen es dem einzelnen erschwerten, in genügendem Maß Verständnis für die Anliegen der entfernt lebenden Mitkanadier aufzubringen.

Bei der Frauenfrage ging es im Grunde natürlich um die Gleichstellung von Mann und Frau. Der Erste und der Zweite Weltkrieg hatten wie auch in anderen Ländern hierin Fortschritte gebracht, und 1957 wurde die erste Bundesministerin

ernannt, im nächsten Jahr die erste Botschafterin. Aber viele Erwartungen blieben noch unerfüllt, und Pearson setzte daher 1967 eine Royal Commission on the Status of Women ein. Deren Empfehlungen wurden nur teilweise umgesetzt. Aber die Tatsache, daß 1984 mit Jeanne-M. Sauvé erstmals eine Frau den Posten des Generalgouverneurs besetzte, 1999 mit Adrienne Clarkson die zweite und 2005 mit der Farbigen Michaëlle Jean die dritte, daß 1987 der erste weibliche General der Streitkräfte und 1989 mit Audrey McLaughlin zum ersten Mal eine Frau zur Parteiführerin, nämlich der NDP, bestellt wurden, zeigte, daß doch ein grundlegender Wandel eingesetzt hatte.

Unzufrieden waren weiterhin auch die eingeborenen Volksgruppen. Mitte der 1980er Jahre lebten in Kanada über siebenhunderttausend Indianer, Mestizen und Inuit. Nur wenige ernährten sich noch auf die überkommene Weise durch Jagen und Fischen. Die große Mehrheit fristete ihr Dasein im Stammesverband, durch Regierungszahlungen zwar vor dem Hunger bewahrt, aber meistens bar aller Aussicht auf ein besseres Fortkommen. Die Gewährung des Wahlrechts 1960 änderte hieran wenig. Die in den 1960er Jahren einsetzende allgemeine Unruhe erfaßte dann auch die Indianer. Sie versuchten in den folgenden zwei Jahrzehnten, ihr vermeintliches Recht mit gesetzlichen Mitteln, gelegentlich aber auch gewalttätig durchzusetzen. In der Hauptsache ging es um Statusfragen, Besitzansprüche oder Probleme des Umweltschutzes. Im ganzen zeigte sich das nichtindianische Kanada immerhin zu einigem Entgegenkommen bereit, so etwa in dem 1988 in Kraft gesetzten Kamloops-Zusatz zum Indian Act, der den Stammesräten volle Jurisdiktion über ihre Reservatsländereien zugestand. Auch die Bildung des neuen Territoriums Nunavut 1999, bis dahin Ostteil der bestehenden Northwest Territories, konnte als Schritt zur Aufwertung der Urbewohner gesehen werden.

Mit am schwierigsten erschien freilich auch noch an der Schwelle des neuen Jahrtausends das Quebecproblem. Das Inkrafttreten des Constitution Act hatte in der französischsprachigen Provinz viel Unwillen erregt. Lévesque zog sich

zwar 1985 aus dem öffentlichen Leben zurück, und im Dezember kamen wieder die Liberalen an die Regierung. Aber auch Bourassa mußte der Stimmung in Quebec Rechnung tragen. 1986 bot er deshalb die formelle Anerkennung der Verfassungsregelungen von 1982 an, falls die Bundesregierung und die anderen Provinzen einigen Modifikationen zustimmen würden. Eine gemeinsame Konferenz am Meech Lake bei Ottawa beschloß dann in diesem Sinn eine Reihe von Änderungen, deren ominöseste die Anerkennung der Bevölkerung Quebecs als „Gesellschaft eigener Art“ (*société distincte*) war, die aber vor allem eine Verminderung der Bundesgewalt beabsichtigten. Alle zehn Provinzen und das Bundesparlament hatten dem Abkommen binnen drei Jahren zuzustimmen. Während sich große Teile der Öffentlichkeit empörten, ratifizierten die meisten Provinzen. Aber das Vertragswerk kam 1990 zu Fall, als sich Neufundland und Manitoba verweigerten. Ein nochmaliger Anlauf brachte 1992 das Charlottetown-Abkommen zustande, dem die Regierung von Quebec ebenfalls beitrug. Aber eine gesamtkanadische Volksabstimmung im Oktober ließ auch diesen Versuch der Verfassungsreform scheitern. Die Bevölkerung der englischsprachigen Provinzen wollte ihrem Land eine starke Zentralregierung bewahren.

Dies gab natürlich der separatistischen Rhetorik in Quebec wieder gehörigen Auftrieb. Der inzwischen erneut an die Macht gekommene Parti Québécois veranstaltete 1995 wiederum ein Referendum, in dem verklausuliert die Separationsfrage gestellt wurde. Mit 49,4 Prozent der abgegebenen Stimmen verfehlte er nur ganz knapp eine Mehrheit. Sein neuer Führer Lucien Bouchard zeigte sich gesonnen, die Politik seiner radikaleren Vorgänger weiterzubetreiben. Der Dämpfer, den ihm der Ausgang der Provinzwahlen 1998 aufsetzte, als seine Partei zwar mehr Abgeordnete, aber weniger Stimmen als die Liberalen erhielt, schien ihn in seinen Absichten nicht nachhaltig zu beirren. Von da an dümpelte während der nächsten Jahre das Quebecproblem ohne große Höhepunkte vor sich hin. Die Bundesregierung versuchte mit ihren Mitteln, ihm die Brisanz zu nehmen. Eines davon war eine noch zu erwähnen-

de Werbekampagne. Ein anderes war Gesetzgebung. Im Jahre 2000 bestimmte der Clarity Act, daß künftig ein Sezessionsreferendum eine klare Frage zu stellen habe und Erfolg eine klare Mehrheit erfordere. Daß ein solches Referendum dann vorerst nicht kam, war aber wohl vor allem dem Umstand zu verdanken, daß in Quebec wegen der andauernden wirtschaftlichen Prosperität radikalen Stimmungsmachern ein starker Zulauf fehlte. Dies zeigte sich auch daran, daß in den Provinzwahlen 2003 die Liberalen unter dem bundestreuen Jean Charest gewannen und den separatistischen Parti Québécois in der Regierung ablösten.

Inzwischen war Mulroney längst aus seinem Amt geschieden. Er hatte auch im wirtschaftlichen Bereich keine sehr glückliche Hand gehabt. Sein wichtigster Schritt war der Abschluß eines Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten gewesen. Die fortschreitende Vereinigung Europas und die Abschottung des japanischen Marktes legten Verhandlungen nahe, die Anfang 1988 zu einem fertigen Vertrag führten. Da die Opposition energisch Bedenken wegen eines verstärkten amerikanischen Einflusses anmeldete, schrieb Mulroney Wahlen aus. Im November erhielt seine Konservative Partei mit 169 Abgeordnetenitzen eine klare Mehrheit; das Abkommen wurde rasch ratifiziert und trat Anfang 1989 in Kraft. 1993 wurde es mit dem Beitritt von Mexiko zum North American Free Trade Agreement (NAFTA) erweitert.

Aber Mulroneys Popularität begann bereits spätestens Anfang der 1990er Jahre zu schrumpfen. Der gescheiterte Versuch einer Verfassungsreform durch die Konferenz am Meech Lake samt Charlottetown-Nachspiel hatten weithin Ärger verursacht. Im Jahre 1991 trat die Goods and Services Tax (GST) in Kraft. Diese neue Mehrwertsteuer mochte zwar, wie die Regierung versicherte, im Grunde durch die Beseitigung einiger Verarbeitungssteuern aufkommensneutral sein; aber sie erhöhte den an der Ladenkasse zu bezahlenden Warenpreis um sieben Prozent, zusätzlich zu der ohnehin zu zahlenden Provinzsteuer, und erboste damit täglich und nachhaltig die gesamte Bevölkerung. Im Volk ungeliebt und von der Presse angefeindet, trat

Mulroney im Juni 1993 zurück. Seine Partei bestellte daraufhin eine Frau, die bisherige Verteidigungsministerin Kim Campbell, zu seiner Nachfolgerin. Aber im Oktober des Jahres wurde sie und ihre Partei für Mulroneys Unpopularität bitter bestraft. Mit nur 2 Sitzen erreichten die Konservativen die niedrigste Abgeordnetenzahl in ihrer Geschichte.

Die Liberalen konnten mit 177 Mandaten im Unterhaus eine stabile Regierung bilden. Ihr Führer Jean Chrétien, der 1990 Turner abgelöst hatte, erwies sich rasch als geschickter Politiker. Er vermied es, durch weitreichende Initiativen eine starke Opposition zu wecken oder in strittigen Fragen eindeutig Stellung zu beziehen. Vielmehr konzentrierte er sich auf die Sanierung der Staatsfinanzen. Hierin erwies er sich als über die Maßen erfolgreich. Durch zähe Ausgabenbeschränkung gelang es Chrétien, unterstützt durch seinen Finanzminister Paul Martin, ab 1998 fünf Jahre in Folge ein Haushaltsplus herauszuwirtschaften und die Staatsschuld des Bundes erheblich zu mindern. Obendrein wurden die Steuern gesenkt. Natürlich bedeutete dies notwendigerweise eine Einschränkung der staatlichen Leistungen, insbesondere im Gesundheitswesen. Da die gute Wirtschaftskonjunktur jedoch anhielt und auch die Zinsen auf niedrigstem Niveau verharrten, ließ sich die Bevölkerung dies gefallen.

Ausweis der Popularität Chrédiens in jenen Jahren waren die Ergebnisse der Parlamentswahlen. 1997 ging der Stimmenanteil der Liberalen gegenüber 1993 zwar um knapp drei Prozent zurück. Aber drei Jahre später kamen wieder 17 Mandate hinzu, und der liberale Regierungschef konnte sich auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere fühlen. Als er sich 2003 trotz Drucks aus den Vereinigten Staaten weigerte, diesen in den Krieg gegen den Irak zu folgen, hätte dies seine Stellung bei den meisten Kanadiern weiter stärken können.

Aber inzwischen waren Chrétien auf und hinter der heimischen Szene Bedrängnisse erwachsen. Bisher schon hatten ihm manche, selbst im eigenen Lager, eine gewisse Selbstherrlichkeit vorgeworfen und begonnen, sich um Finanzminister Martin zu scharen. Anzeigen eines aufkommenden Skandals wegen fal-

Originaldokument  
© Verlag C.H. Beck

scher Verwendung von Regierungsgeldern für die Öffentlichkeitsarbeit veranlaßten Chrétien im Dezember 2003, widerwillig zugunsten Martins von seinem Amt zurückzutreten. Als im Februar 2004 das ganze Ausmaß der Veruntreuung bekannt wurde – es handelte sich um etwa 100 Millionen Dollar – war die Empörung so groß, daß die Liberalen bei den im Juni abgehaltenen Wahlen auf 135 Sitze im Unterhaus reduziert wurden. Martin konnte nur noch eine auf Duldung durch den Bloc Québécois und die NDP angewiesene Minderheitsregierung bilden.

Die Liberale Partei hatte sich in über einem Jahrzehnt an der Macht deutlich verbraucht. Die Konservativen, in den 1990er Jahren noch mitleiderregend schwach, standen inzwischen wieder sozusagen Gewehr bei Fuß. Die im Westen des Landes starke, eher rechts gerichtete Reformpartei hatte schon in den 1990er Jahren über mehrere Dutzend Sitze im Unterhaus verfügt. In Canadian Alliance umbenannt, errang sie in den Wahlen 2000 ein Viertel der Wählerstimmen und 66 Mandate. Ein Zusammengehen mit den noch übrigen Progressive Conservatives bot sich an. Im Dezember 2003 schloß man sich zur Conservative Party of Canada zusammen, wählte im darauffolgenden März den 45jährigen Stephen Harper aus Alberta zum Vorsitzenden und reüssierte prompt. 2004 zogen 99 Mandatsträger ins Unterhaus ein. Ein Mißtrauensvotum gegen Martin im November 2005 wurde von den anderen Oppositionsparteien unterstützt, und Neuwahlen im Januar 2006 sahen die Konservativen als Sieger. Harper wurde Anfang Februar als neuer Regierungschef vereidigt. Freilich konnte er sich ebenfalls nur auf eine Minderheit im Parlament stützen, doch gab es bald Anzeichen dafür, daß er durchaus gesonnen war, eine konservativere Politiklinie als seine Vorgänger zu verfolgen.

Aufs ganze gesehen war Kanada auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts unbestreitbar ein prosperierendes und in vieler Hinsicht beneidenswertes Land. Die Bevölkerung erfreute sich nicht nur eines Lebensstandards, der zu den höchsten der Welt zählte, sondern auch unbezweifelter Rechtssicherheit und guter Zukunftsaussichten. Andererseits wartete weiterhin eine große

Zahl ungelöster Fragen auf Antwort. Das Verfassungsproblem und damit zusammenhängend die Quebecfrage zeigte sich vorerst noch unlösbar. Nicht ohne Zusammenhang damit drängten Themen wie der Regionalausgleich sowie Reformen in der Sozialfürsorge und im Erziehungswesen auf die politische Tagesordnung. Viele dieser Schwierigkeiten waren natürlich nicht speziell kanadischer Natur, sondern erwachsen aus der Dynamik der Moderne, die – wie in anderen Industriestaaten auch – fortgesetzt ein Überdenken und fallweise ein Umstrukturieren der gegebenen Realitäten erforderte. Es mußte die Hoffnung der Kanadier sein, daß der im Laufe der Jahrhunderte in Kanada gewachsene soziale und konstitutionelle Rahmen sich den Anforderungen gewachsen zeigen würde. Er war das Ergebnis einer Entwicklung sui generis und hatte sich bislang als flexibel und zugleich tragfähig genug erwiesen, um auch großen Belastungen standzuhalten. Die Mehrheit der Kanadier vertraute darauf, daß dies auch weiterhin der Fall sein würde.



## Zeittafel

- 1497 Cabot entdeckt die Ostküste Nordamerikas.
- 1524 Verrazano erforscht die Küsten Neuschottlands und Neufundlands.
- 1534/35/41 Cartier nimmt das Land am St. Lorenzogolf für die französische Krone in Besitz. Er erreicht Hochelaga (Montreal).
- 1583 Gilbert nimmt Neufundland für die englische Krone in Besitz.
- 1605 Port Royal (Annapolis in Neuschottland) gegründet.
- 1608 Champlain gründet Quebec.
- 1610–11 Hudson erforscht die nach ihm benannte Bucht.
- 1617 Erste Kolonisten kommen nach Quebec.
- 1642 Montreal gegründet.
- 1663 Die französische Krone übernimmt die Verwaltung Neufrankreichs
- 1670 Die englische Krone gewährt der Hudsonbaigesellschaft eine Charta.
- 1672–82 und 1689–98 Frontenac Gouverneur von Neufrankreich.
- 1713 Friede zu Utrecht. Frankreich tritt seine Rechte im Gebiet der Hudsonbaigesellschaft, in Akadien und Neufundland an Großbritannien ab.
- 1733 LaVérendrye entdeckt den Winnipegsee.
- 1743 Der jüngere LaVérendrye entdeckt die Rocky Mountains.
- 1749 Halifax gegründet.
- 1755 Französische Bewohner aus Akadien vertrieben.
- 1759 Engländer erobern im Siebenjährigen Krieg Quebec.
- 1760 Britische Militärregierung in Kanada.
- 1763 Friede zu Paris. Frankreich tritt seine verbliebenen nord-amerikanischen Besitzungen, und damit auch Kanada, an Großbritannien ab.
- 1769 Ile St. Jean (Prinz-Eduard-Insel) verwaltungsmäßig von Neuschottland abgetrennt.
- 1775 Quebec Act tritt in Kraft.  
Invasion Kanadas durch die revolutionären Amerikaner.
- 1783 Friede zu Versailles. Unabhängigkeit der USA durch Großbritannien anerkannt.
- 1784 Abtrennung Neubraunschweigs von Neuschottland.
- 1791 Constitutional Act löst Quebec Act ab. Teilung Kanadas in Lower Canada und Upper Canada.
- 1793 A. Mackenzie überquert die Rocky Mountains und erreicht den Pazifik.
- 1809 Erste Dampfbootfahrt von Montreal nach Quebec.

- 1811 Selkirk gründet die Red-River-Siedlung (Winnipeg).
- 1812–14 Krieg zwischen USA und Großbritannien. Invasion Kanadas durch die Amerikaner.
- 1817 Rush-Bagot-Abkommen. Entmilitarisierung der Großen Seen.
- 1821 Hudsonbaygesellschaft übernimmt die Nordwestgesellschaft. Pelzhandel des Westens in einer Hand.
- 1836 Erste kanadische Eisenbahn, von La Prairie nach St. Jean, Que.
- 1837 Rebellion in Lower Canada (Papineau) und Upper Canada (W. L. Mackenzie).
- 1839 Lord Durham berichtet dem britischen Parlament über die kanadischen Verhältnisse und unterbreitet Besserungsvorschläge.
- 1841 Act of Union tritt in Kraft. Lower Canada und Upper Canada vereinigt.
- 1842 Webster-Ashburton-Vertrag. Regelung von Grenzfragen im Nordosten der USA.
- 1854 Gegenseitigkeitsvertrag. Weitgehende Liberalisierung des Handels zwischen den USA und Kanada.
- 1858 Britisch-Kolumbien wird britische Kolonie.
- 1864 Föderationskonferenzen in Charlottetown und Quebec.
- 1865 Ottawa wird offiziell Hauptstadt Kanadas.
- 1867 1. Juli. British North America Act tritt in Kraft. Vereinigung Kanadas, Neuschottlands und Neubraunschweigs zum Dominion Kanada.
- 1869 Erster Mestizenaufstand unter Riel am Red River.
- 1870 Provinz Manitoba gebildet.
- Das Dominion übernimmt die Nordwestterritorien.
- 1871 Britisch-Kolumbien tritt dem Dominion bei.
- 1873 Berittene Nordwestpolizei (später RCMP, „Mounties“) gegründet.
- Prinz-Eduard-Insel tritt dem Dominion bei.
- 1879 Beginn der „nationalen“ Schutzzollpolitik.
- 1885 Zweiter Aufstand unter Riel (Nordwestrebellion).
- 1886 Eröffnung der transkontinentalen Kanadischen Pazifikbahn (CPR).
- 1887 Erste Kolonialkonferenz in London.
- 1899–1902 Einsatz kanadischer Truppen im Burenkrieg.
- 1905 Provinzen Saskatchewan und Alberta gebildet.
- 1914–1918 Kanada kämpft zusammen mit Großbritannien im Ersten Weltkrieg.
- 1917 Frauenwahlrecht auf Bundesebene.
- 1919 Zusammenschluß mehrerer Bahnlinien zur Kanadischen Nationalbahn (CN).

- 1926 Erster ständiger Vertreter Kanadas in den USA.
- 1928 Erster ständiger britischer Botschafter (Hochkommissar) in Kanada.
- 1931 Westminsterstatut tritt in Kraft. Weitgehende Unabhängigkeit Kanadas.
- 1939 10. Sept. Kanada erklärt dem Deutschen Reich den Krieg. Luftausbildungsprogramm des Commonwealth beginnt. Schwerpunkt in Kanada.
- 1940 Ogdensburg-Abkommen mit den USA über gemeinsame Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents.
- 1941 7. Dez. Kanada erklärt Rumänien, Ungarn, Finnland und Japan den Krieg.
- 1945 Kanada Gründungsmitglied der Vereinten Nationen.
- 1949 Neufundland tritt dem Dominion bei.  
Kanada erhält vollkommene Reichshoheit.  
Kanada erhält das nur wenig beschränkte Recht, seine Verfassung abzuändern.  
Kanada wird Gründungsmitglied der NATO.
- 1950–53 Kanadische Truppen kämpfen unter UN-Kommando in Korea.
- 1956–57 Suezkrise. Kanada führend an ihrer Beilegung beteiligt. (Außenminister Pearson erhält Friedensnobelpreis 1957).
- 1957 Kanada in NORAD. Luftverteidigungsabkommen mit den USA.
- 1959 St. Lorenz-Seenweg eröffnet.
- 1960 Lesage verkündet in Quebec sein „Maître chez nous“-Programm. Beginn der „stillen Revolution“.
- 1962 Grundrechte der kanadischen Bürger (Canadian Bill of Rights) verkündet.
- 1964 Abkommen mit den USA zur Ausnutzung der Columbia-Wasserkraft.
- 1967 Hundertjahrfeier des Dominions. Expo in Montreal.
- 1969 Official Languages Act. Englisch und Französisch gleichrangig offizielle Landessprachen.
- 1970 Oktober-Krise in Quebec. Kriegsrecht über Kanada verhängt.
- 1974 Foreign Investment Review Agency (FIRA) beginnt Tätigkeit.
- 1975 Lohn- und Preiskontrolle zur Bekämpfung der Inflation (bis 1978).
- 1976 Olympische Spiele in Montreal.  
Der separatistische Parti Québécois gewinnt die Provinzwahlen in Quebec.
- 1980 Referendum in Quebec resultiert in klarer Niederlage der Separatisten.

- 1982 Erste Richterin am Supreme Court of Canada.  
Constitution Act gibt Kanada volle Verfassungshoheit.  
Charter of Rights (Grundrechtskatalog) Teil der Verfassung.
- 1983 Schlimmste Wirtschaftsdepression seit den 1930er Jahren.
- 1987 Erster weiblicher Generalgouverneur (Jeanne-M. Sauvé).  
Meech-Lake-Vereinbarung zwischen Bund und Provinzen zur Verfassungsreform.
- 1988 Olympische Winterspiele in Calgary.
- 1989 Freihandelsabkommen mit den USA tritt in Kraft.  
Audrey McLaughlin (NDP) wird als erste Frau Parteivorsitzende.
- 1990 Meech-Lake-Vereinbarung nicht ratifiziert und damit hinfällig.
- 1991 7prozentige Mehrwertsteuer auf Waren und Dienstleistungen eingeführt.
- 1992 In einem Referendum lehnt eine Mehrheit den als Charlotetown Accord bekannten Verfassungsreformvorschlag ab.
- 1995 In Quebec stimmen 49,4 % der in einem Referendum Abstimmenden für die Abtrennung der Provinz vom Dominion.
- 1999 Durch Abspaltung des Ostteils der Northwest Territories wird das neue Territorium Nunavut gebildet.
- 2000 Clarity Act verlangt Klarheit in künftigen Separationsreferenden in Quebec.
- 2003 Canadian Alliance und Progressive Conservative Party schließen sich zusammen zur Conservative Party of Canada.